

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

02.06.2021

Inhalt

EWN

1 Nach Havarie: Einst größte Eisenbahndrehbrücke Deutschlands wird in Lubmin zerlegt <i>Ostsee-Zeitung.de, 01.06.2021</i>	3
2 Deutlich mehr Privatinsolvenzen <i>Berliner Zeitung, 02.06.2021</i>	5
3 Rückhalt für den deutschen Atomausstieg schwindet <i>DIE WELT, 02.06.2021</i>	6
4 Kola Peninsula to get radioactive waste from southern Russia <i>The Barents Observer (Online), 31.05.2021</i>	7

 Ostsee-Zeitung.de | 01.06.2021 Auflage: 1.004.736 Martina Rathke WEBLINK

Nach Havarie: Einst größte Eisenbahndrehbrücke Deutschlands wird in Lubmin zerlegt

Nach einer Havarie wird die einst größte Eisenbahndrehbrücke Deutschlands in Lubmin zerlegt. An der Brücke im Hafen von Bremerhaven war Anfang April ein Oberteil gerissen. Dies hatte eine Kettenreaktion ausgelöst – mit fatalen Folgen.

Lubmin. Nach der Havarie der deutschlandweit größten Eisenbahndrehbrücke im Hafen von Bremerhaven wird das Hauptteil der historischen Stahlkonstruktion in Lubmin zerlegt und für die Verschrottung vorbereitet. Am 1. April war ein Obergurt der Nordschleusen-Drehbrücke gesprungen, wie Holger Bruns, Sprecher Bremenports GmbH, sagte.

Dies hatte eine Kettenreaktion ausgelöst, bei der weitere Stahlteile geborsten oder verbeult worden waren. Resultat: „Nach 90 Jahren treuen Dienstes musste die Brücke abgerissen werden.“ Gutachter fahnden nach Havarieursache: Mit der BHV Innovation, einem Pontonschlepper, war das etwa 50 Meter lange und über 1000 Tonnen schwere Drehsegment über den Skagerak nach Lubmin transportiert und dort am Wochenende abgeladen worden.

Mitarbeiter der in Lubmin ansässigen Krebs-Gruppe strahlen nun die schadstoffhaltige Farbe ab. Danach soll die genietete Brücke zerlegt und der Stahl eingeschmolzen werden, wie Bruns sagte. Die Ursache für die Havarie steht noch nicht fest. Erst im Januar sei die Brücke vom TÜV überprüft worden, der ihr einen zufriedenstellenden Zustand bescheinigt habe.

Während in Lubmin die Arbeiter das Drehsegment bearbeiten, werden der Drehkranz und die statischen Teile vor Ort in Bremerhaven zerlegt. Lesen Sie auch Nord Stream 2: Große Mehrheit der Deutschen für Fertigstellung der Ostsee-Pipeline Landtag unterstützt Rettung der MV Werften – aber es bleiben Zweifel In der Superliga der Kreuzfahrt: Warener Firma macht das Design für die Luxus-Schiffe Ersatzlösung für Brücke kann dauern: Mit dem steigenden Warenumsatz in Bremerhaven hatte sich die zwischen 1928 und 1930 gebaute und insgesamt 112 Meter lange Drehbrücke bis zu 2000 Mal im Jahr gedreht. Ursprünglich war sie für 240 Drehungen pro Jahr ausgelegt, wurde dann aber mit dem Hafenausbau für den steigenden Transport verstärkt.

Die Brücke mit zwei Schienensträngen, einer zweispurigen Straße und einem Fußweg verband in Bremerhaven den Nordhafen und den Kaiserhafen. Sie konnte in etwa sieben Minuten gedreht werden, um Autotransporter oder Reparaturschiffe der Lloyd-Werft durchzulassen. Derzeit werde an einer Ersatzlösung gearbeitet. Die Columbusinsel zwischen Nord- und Kaiserhafen ist aktuell nur über eine Seite erreichbar.



Bild: *Havarierte Eisenbahndrehbrücke wird in Lubmin zerlegt .*

Deutlich mehr Privatinsolvenzen

Verdoppelung erwartet

Ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie ist die Zahl der Privatpleiten stark gestiegen. Deutlich über dem Bundesschnitt liegt der Anstieg im Norden der Republik, wie die *Wirtschaftsauskunftei* Crifbürgel berichtet. Demnach liegt die Zahl der Privatinsolvenzen in Schleswig-Holstein mit 1429 Fällen im ersten Quartal rund 45 Prozent über dem Vorjahr. In Hamburg gibt es sogar ein Plus von fast 78 Prozent auf 1047 Fälle. Noch stärker fällt der Zuwachs in *Mecklenburg-Vorpommern* aus. Dort gab es zwischen Januar und März 760 Privatpleiten, ein Zuwachs von fast 87 Prozent.

Zum Vergleich: Bundesweit meldeten nach Angaben von Crifbürgel im ersten Quartal 31.821 Privathaushalte Insolvenz an, 56,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Nach zehn Jahren sinkender Zahlen erwartet Crifbürgel im Gesamtjahr 2021 in etwa eine Verdoppelung der Privatpleiten auf bis zu 110.000 Fälle. Im vergangenen Jahr gab es demnach 56.324 private Insolvenzen in Deutschland.

Den Anstieg zu Jahresbeginn führte Crifbürgel-Geschäftsführer Frank Schlein vor allem darauf zurück, dass viele Betroffene eine Gesetzesreform abgewartet hätten. Verbraucher können inzwischen einfacher nach drei statt wie bisher nach sechs Jahren von ihren Restschulden befreit werden. Die Verkürzung gilt rückwirkend auch für Insolvenzverfahren, die ab dem 1. Oktober 2020 beantragt wurden. „Da diese Reform ein großer Vorteil ist, haben viele Antragssteller auf den entsprechenden Beschluss des Bundestages gewartet“, so Schlein.

Die unmittelbar von der Corona-Pandemie verursachte Insolvenzwelle wird nach Einschätzung der Auskunftei wohl ab dem zweiten Halbjahr 2021 einsetzen und bis in das Jahr 2022 hineinreichen. Die *wirtschaftlichen* Folgen der Pandemie seien nicht nur für Beschäftigte im Niedriglohnbereich existenzbedrohend, sondern auch im mittleren Einkommensbereich etwa durch Kurzarbeit deutlich spürbar.

Rückhalt für den deutschen Atomausstieg schwindet

Wegen einer drohenden "Stromlücke" und verschärfter Klimaziele wächst der Anteil der Bürger, die den Abschied von der Kernenergie für verfrüht halten und sich eine Laufzeitverlängerung wünschen

Die Umfrage wurde von erklärten Atomkraftbefürwortern in Auftrag gegeben - dennoch lassen sich die Ergebnisse des renommierten Meinungsforschungsinstituts Allensbach nicht leicht von der Hand weisen: Die Zustimmung zur Atomkraft in Deutschland wächst, die Gegnerschaft nimmt ab.

Im Auftrag des Pro-Atomkraft-Vereins Nuklearia e.V. und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) befragte Allensbach zwischen dem 1. und 13. Mai 1027 repräsentativ ausgewählte Deutsche in Face-to-Face-Interviews. Auf die "allgemeine" Frage nach dem 2011 beschlossenen Atomausstieg bis 2022 antworteten 56 Prozent der Befragten, sie hielten diesen für "richtig", 25 Prozent hielten ihn für "nicht richtig".

"Nach wie vor wird der Beschluss, bis zum Jahr 2022 ganz aus der Kernenergie auszusteigen und die Energieversorgung vor allem auf erneuerbare Energien umzustellen, von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet", erklärt Allensbach dazu. "Der Trendverlauf der letzten gut zehn Jahre zeigt jedoch, dass der Rückhalt für den Ausstiegsbeschluss schwindet." So hielten 2012 noch 73 Prozent der Bevölkerung die Entscheidung der damaligen Regierung, aus der Kernenergie auszusteigen, für richtig, 2014 waren es noch 70 Prozent, 2016 dann nur noch 65 und 2019 bereits nur noch 60 Prozent. Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich der Anteil derer, die den Ausstiegsbeschluss kritisch sehen, von 16 auf 25 Prozent.

Allerdings glaubt auch nur eine Minderheit, dass der Atomausstieg wirklich durchgesetzt wird. Obwohl das Abschaltdatum für die letzten AKWs gesetzlich auf den 31. Dezember 2022 fixiert ist, hält es eine relative Mehrheit von 47 Prozent der Befragten nicht für realistisch, dass es bei diesem Datum bleibt: "Aktuell glauben lediglich 26 Prozent, dass Deutschland tatsächlich innerhalb des nächsten Jahres vollständig aus der Kernenergie aussteigen wird."

Angesichts einer viel diskutierten "Stromlücke" und deutlich verschärfter Klimaziele zeigt sich eine relative Mehrheit der Befragten sogar für den Vorschlag aufgeschlossen, Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, wenn dafür Kohlekraftwerke schneller abgeschaltet werden können.

"Um bei der Stromerzeugung so wenig CO₂ wie möglich auszustoßen, setzen manche Länder darauf, möglichst rasch aus der Kohleenergie auszusteigen und dafür neben erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenenergie auch weiterhin die Kernenergie zu nutzen", lautet die Allensbach-Frage wörtlich: "Wie stehen Sie dazu: Fänden Sie es gut, wenn auch Deutschland bei der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien und zusätzlich wieder auf Kernenergie setzt, um möglichst schnell unabhängig von Strom aus Kohle zu werden, oder fänden Sie das nicht gut?" Diesen Vorschlag fand eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Befragten "gut". Demgegenüber lehnten nur 34 Prozent eine Laufzeitverlängerung für AKW ab. 24 Prozent zeigten sich in dieser Frage unentschieden.

Weil der Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem der Windkraft, den Erfordernissen weit hinterherhinkt, hatte die Stilllegung zahlreicher Kohlekraftwerke zuletzt Sorgen in Bezug auf eine drohende Strombeziehungsweise "Ökostromlücke" ausgelöst. Unter anderem hatte der Bundesverband Solarwirtschaft davor gewarnt, dass deshalb eine Verzögerung des Kohleausstiegs drohe.

Zugleich fordern Klimaschützer immer dringlicher, den bis 2038 geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung nun schon 2030 zu vollenden. Das Bundesverfassungsgericht hatte der Bundesregierung kürzlich aufgegeben, Pläne für den Umgang mit dem restlichen "CO₂-Budget" Deutschlands zu entwickeln. Zugleich wird in einigen europäischen Nachbarländern die Option Kernenergie wieder intensiv diskutiert, so etwa in den Niederlanden und in Polen.

 The Barents Observer (Online) | 31.05.2021

 Thomas Nilsen

 WEBLINK

Kola Peninsula to get radioactive waste from southern Russia

Three old contaminated steam generators from Balakovo nuclear power plant will be transported north to Saida Bay in what will be the first time radioactive waste are brought to the Russian north for treatment and storing.

When Russia's state owned company dealing with radioactive waste established its regional branch, SevRAO, locals in Murmansk were told only waste from the north were to be treated and stored. That is no about to change as the radioactive waste company now announces a tender for project documentation on moving the huge steam generators to Saida Bay, the radioactive waste storage- and treatment facility on the coast to the Barents Sea north of Murmansk.

Each wight 322 tons, is 15 meters long and 140 cubic meters in volum. The generators origin from Balakovo nuclear power plant on the banks of Volga river some 100 km north of Saratov in southern Russia. The metal is radioactive contaminated as they were directly connected to the reactors cooling water flow. Consequently, the structures have to be stored as radioactive waste. It was newspaper Versia Saratov which first informed about the tender.

A special barge would be needed for transportation from the Volga river, via Russia inner water ways, north to Murmansk. The distance is about 3,000 km if sailing Belomor channel north to the White Sea. It is, although much longer, also possible to sail south via the river systems to Rostov-na-Don and via the Sea of Azov out to the Black Sea and Mediterranean and then north outside Europe and Norway to the Kola Peninsula.

SevRAO's treatment plant and storage site in Saida Bay was built in the early 2000s aimed to deal with the 120 reactor compartments from Cold War submarines of the Northern Fleet decommissioned at yards on Kola and in Severodvinsk. Also, the facility is tasked to store compartments from scrapped nuclear icebreakers and both civilian and military service vessels used for storing nuclear and radioactive waste, as well as solid waste from Andreeva Bay and other facilities on the Kola Peninsula.

Could set precedent

Nuclear safety expert Andrey Zolotkov with the Bello-na Murmansk group is worried that receiving radioactive waste from Balakovo nuclear power plant could be a door opener for others. "Such assumption can be made, because nobody explain why this transportati-on now happens," he says to the Barents Observer.

"Saida is not a place for any radioactive waste from all over Russia. It was built for specific purposes, and we have not yet completed the work on submarines and icebreakers," Zolotkov argues. He points to other nuclear power plants having old radioactive contaminated steam generators, like Kalinin, Novovoronezh, Rostov and Leningrad. "Will they also start to look for ways to send radioactive waste to Murmansk region if the cargo from Balakovo turns successful," Zolotkov asks rhetorically.

Financed by the West

The storage site in Saida Bay is financed by Germany as part of the Global Partnership Against the Spread of Weapons and Materials of Mass Destruction. Italy has paid for the floating dock that brings the reactor-compartments from the waters to the site. Reactor compartments from submarines and icebreakers will have to be stored for onshore for many decades before the radioactivity have come down to levels acceptable for cutting the reactors' metal up and pack it for final geological disposal.

The process of scrapping the 120 nuclear-powered submarines that sailed out from bases on the Kola Peninsula during the Cold War started in the early 1990 and has technically and economically been supported by a wide range of countries, including Norway and the European Union. Ballistic missile submarines scrapped at yards in Severodvinsk in the 1990s were paid by the United States Nunn-Lugar Cooperative Threat Reduction (CTR) Program.



Bild: The processing plant for solid radioactive waste is part of the Saida Bay treatment complex.



Bild: Worker with a radiation detector at the storage pad for reactor compartments at Saida Bay.



Bild: *Andrey Zolotkov.*